Tijen Ataoğlu, LL.M.
Mitglied des Deutschen Bundestages
Recht gut informiert
Newsletter Ihrer Bundestagsabgeordneten
Nr. 20

Liebe Leserinnen und Leser,

die zweite Doppelsitzungswoche binnen 5 Wochen ist nun vorbei. Das waren sehr intensive parlamentarische Wochen.

Diese Woche war geprägt von zwei Reden im Plenum für den Rechtsausschuss, einem strafrechtlichen Symposium und gleich drei Besuchergruppen aus der Heimat.

Wahrscheinlich kommt es Ihnen so vor, als ob ich mich ständig wiederhole, aber auch diese Woche haben wir die Digitalisierung der Justiz und Rechtspflege vorangetrieben. Denn wir haben die Online-Verfahren im Notariat ausgeweitet. Künftig können weitere Rechtsgeschäfte ohne Präsenztermin bei einem Notar durchgeführt werden. Zum Beispiel: Gründungen von Aktiengesellschaften, Anmeldungen zur Eintragung in das Stiftungsregister oder Vollmachten zur Anmeldung beim Handels-, Gesellschafts- und Partnerschaftsregister.
Ziel der Reform ist es, notarielle Verfahren einfacher, schneller und zugleich rechtssicher digital durchführen zu können und damit den Wirtschaftsstandort Deutschland attraktiver zu machen. Meine Rede dazu finden Sie hier: dbtg.tv/cvid/7650906

Zu Besuch war diese Woche wieder eine Schulklasse, die auf Klassenfahrt in Berlin war; dieses Mal die Realschule Hagen-Haspe. Ob Hasskommentare im Internet, die aktuelle Weltlage oder die Herausforderungen Hagens: all das konnten wir intensiv diskutieren. Eine schöne Gelegenheit, kurz zwischen den vielen Sitzungen zu verschnaufen.

Bei alledem wurde ich begleitet von meiner Hospitantin Viktoria Reschke, die heute nach vier Wochen in meinem Berliner Büro ihren letzten Arbeitstag hatte. Wie sie ihre Zeit im Bundestag empfunden hat, lesen Sie weiter unten. Ich jedenfalls hatte große Freude, ein weiteres junges und motiviertes Talent in meinen Alltag als

Abgeordnete einblicken zu lassen. Ich bin mir sicher, dass wir irgendwann wieder von ihr lesen und hören werden.

Nun wünsche ich Ihnen eine angenehme Lektüre und einen wunderbaren Start in das wohlverdiente Wochenende.

Ihre Tijen Ataoğlu

Bekämpfung digitaler Gewalt an Frauen

Angesichts eines prominenten Falls nahm das Thema der sexualisierten digitalen Gewalt gegen Frauen in dieser Woche einen wichtigen Platz in den Beratungen des Deutschen Bundestages ein. Nicht nur bei der Befragung des Kanzlers, sondern auch mit einer Aktuellen Stunde und einer separaten Diskussion zu einem Antrag wurde das Thema gleich dreimal debattiert. Auch ich hatte die Gelegenheit, dazu im Plenum zu sprechen (Link: dbtg.tv/cvid/7651012).

Als Union haben wir den Schutz von Frauen fest in unserem Koalitionsvertrag verankert. Aufmerksame Newsletter-Leser wissen, dass wir viele Maßnahmen bereits auf den Weg gebracht haben. Und weitere befinden sich derzeit auf der gesetzgeberischen Zielgeraden. Bei der Einführung der elektronischen Fußfessel zur Aufenthaltsüberwachung von Gewalttätern war ich vor kurzem selbst zum Austausch mit Experten in der Anhörung. Das Gesetz werden wir in Kürze verabschieden. Das Gesetz zum Schutz vor digitaler Gewalt, mit dem wir insbesondere sexualisierte Beleidigungen, das missbräuchliche Erstellen gefälschter Nacktbilder und weitere bildbasierte sexualisierte Gewalt unter Strafe stellen, wird gerade im Kabinett beraten und dann zügig vom Bundestag verabschiedet.

Bei zwei Punkten wünschte ich mir aber noch mehr. Zum einen brauchen wir endlich eine wirksame Speicherung von IP-Adressen. Denn ohne sie kann man Online-Täter nur schwer verfolgen. Einen ersten Entwurf hat das Justizministerium auch bereits erarbeitet, aber hier fehlt es mir an Dringlichkeit. Der Kanzler hat in Aussicht gestellt, dass das Gesetz im Frühjahr verabschiedet werden soll. Zum anderen müssen wir aber nicht nur die Strafen an sich in den Blick nehmen, sondern brauchen auch ein Auge für die Strafverfolgung. Denn das beste Gesetz nützt nichts, wenn wir nicht genügend Staatsanwälte und Richter haben, die die Taten auch verfolgen. Das Personal in der Justiz ist hochmotiviert, aber es ist schlichtweg zu viel Arbeit verteilt auf zu wenigen Schultern.

Der Bundestag hat hier mit der Fortführung des Paktes für den Rechtsstaat etliche hundert Millionen Euro mit dem Haushalt für 2026 bereitgestellt. Jetzt muss das von den Ländern aber auch zielstrebig genutzt werden. So wird die Justiz wieder schlagkräftig und der Schutz der Frauen dauerhaft verbessert.

ALTERSVORSORGE
VORSORGE
RENTE

Reform der privaten Altersvorsorge

In dieser Woche haben wir einen weiteren wichtigen Teil unseres ersten Rentenpaketes im Bundestag fertiggestellt. Wir stärken die private Altersvorsorge. Die Riester-Rente bekommt ab dem nächsten Jahr einen verbesserten Nachfolger. So richtig die Idee der Riester-Rente war, Arbeitnehmern eine einfache, staatlich geförderte Möglichkeit zur Vorsorge zur Verfügung zu stellen, so hat sich in der Praxis jedoch gezeigt, dass Riestern zu kompliziert ist und die Sparverträge mit zu hohen Kosten belastet sind.

Das ändern wir nun, indem wir ein Altersvorsorgedepot einführen. Die Altersvorsorge basiert zukünftig auf Aktien und anderen Produkten des Kapitalmarktes. Das ermöglicht deutlich höhere Renditen als Riester. Erfahrung mit der Börse muss man selbst aber nicht haben. Es wird eine Standardform der Vorsorge geben, die den Einstieg besonders leicht macht. Wer seine Altersvorsorge besonders sicher haben möchte, der kann auch ein Depot von einem öffentlichen Träger wählen.

Der klare Vorteil des neuen Altersvorsorgedepots liegt nicht nur darin, dass die Kosten auf maximal ein Prozent begrenzt sind. Vor allem die hohen staatlichen Zuschüsse von bis zu 1.800 Euro in der Anfangsphase und die Zuschläge, wenn man Kinder hat, machen die neue Vorsorge attraktiv. Außerdem steht das Vorsorgedepot anders als Riester auch Selbstständigen offen. Wer bereits riestert, kann auch auf die neue Vorsorge wechseln. Da man schon mit 30 Euro in das Altersvorsorgedepot einsteigen kann, ist die neue Vorsorge auch für Menschen mit geringem Einkommen sinnvoll und eine gute Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung.

IE BEWEISWÜRDIGUNG IN DER RECHTSPRECHUNG DES
TÜRK. KASSATIONSGERICHTSHOFS BEIM SEXUELLEN
ANGRIFF
Hakan Hakeri
Tijen Ataoğlu
Prof. Dr. Osman Isfen

Teilnahme am deutsch-türkischen Symposium zum Sexualstrafrecht der FernUniversität Hagen

Manchmal ergeben sich erstaunliche Zufälle. So spielte das Thema Gewalt gegen Frauen nicht nur im Bundestag, sondern auch außerhalb des Bundestags eine wichtige Rolle. Mit einjähriger Planung hat Herr Prof. Dr. Isfen von der FernUniversiät Hagen am Berliner Campus im Herzen der Stadt in der Nähe der Gedächtniskirche ein Symposium zum Sexualstrafrecht organisiert. Ja, die FernUniversität Hagen hat tatsächlich einen Campus u.a. in Berlin.

Ziel des Symposiums war es, dass sich renommierte deutsche und türkische Professoren sowie Experten aus der Praxis auf fachlich höchstem Niveau über die juristischen Probleme des Sexualstrafrechts austauschen. Ich hatte dabei die große Ehre und das Vergnügen, über die Vorhaben der Koalition und die noch anstehenden Gesetzesinitiativen zu berichten. In der anschließenden Diskussion beleuchteten wir nicht nur die Unterschiede bei der Strafverfolgung solcher Taten in der Türkei und in Deutschland. Es ging auch um politische Zwänge bei der Entstehung von Gesetzgebung. Die sehr spannende Veranstaltung hat mir wieder gezeigt, wie wichtig der Austausch zwischen Politik und der Rechtswissenschaft ist, um zu guten Gesetzen zu gelangen, die am Ende auch das erreichen, was sie sollen. Am nächsten Tag durfte ich die Teilnehmer noch bei mir im Bundestag begrüßen und unser Parlament vorstellen.

Erste Maßnahmen gegen hohe Spritpreise final beschlossen

Wenn es schnell gehen muss, dann liefern wir. Nach nur einer Woche haben wir ein Gesetz für mehr Transparenz bei den Kraftstoffpreisen und zur Sicherung eines funktionierenden Wettbewerbs der Tankstellen beschlossen. Die Preisexplosion infolge des Irankrieges trifft besonders die Pendler hart und daher galt es, schnell erste Maßnahmen zu treffen.

Mit diesem Kraftstoffmaßnahmenpaket wird nun die Häufigkeit der Preisänderungen eingeschränkt, so wie es in Österreich schon länger gilt. Tankstellen dürfen nur noch einmal am Tag, um 12 Uhr, ihre Preise für Kraftstoffe erhöhen. Dagegen sind Preissenkungen jederzeit zulässig. Zum anderen stärken wir die Kartellbehörden bei ihrer Missbrauchsaufsicht. Wenn die Kartellbehörden merkwürdige Preisentwicklungen feststellen, wird ab sofort vermutet, dass diese unrechtmäßigen Gründen beruht. Wollen die Kraftstoffhändler einer Sanktion entgehen, müssen sie beweisen, dass es für die Preisentwicklung gute Gründe gibt. So stellen wir wieder einen funktionierenden Wettbewerb auf dem Kraftstoffgroßhandelsmarkt sicher. Der Bundesrat hat seinen Teil auch getan und gleich am Freitag über das Gesetz abgestimmt, damit es noch vor Ostern in Kraft treten kann.

Als Hospitantin im Bundestag

Mein Name ist Viktoria Reschke. Ich hatte die Gelegenheit im Rahmen des Diversify-Programms der Deutschlandstiftung Integration für vier Wochen Frau Ataoğlu im Deutschen Bundestag zu begleiten und ihren parlamentarischen Alltag aus nächster Nähe miterleben. Ich habe viele wertvolle Einblicke in politische Entscheidungsprozesse gewinnen können. Besonders spannend war, dass ich Frau Ataoğlu zu einer Reihe von Terminen begleiten durfte. Nicht nur zu Ausschusssitzungen und Plenardebatten, sondern auch bei Gesprächen mit Ihren Gästen und bei internen Runden der Fraktion durfte ich hautnah dabei sein.

Besonders viel Freude hatte ich auch an der inhaltlichen Vorbereitung mit dem Team. Die Hospitation hat mir gezeigt, wie vielfältig die Arbeit im Bundestag ist und wie wichtig Teamarbeit und gute Organisation im politischen Betrieb sind. Für mich persönlich war diese Erfahrung eine große Bereicherung und eine wertvolle Ergänzung zu meinem Studium der Politikwissenschaft.

Ich nehme neue Eindrücke, sehr viel Motivation sowie ein noch stärkeres Interesse an politischer Arbeit mit und danke Frau Ataoğlu herzlich für diese Chance.

Meine Homepage

Impressum:
Nr. 20 | 27. März 2026
Herausgeber:
Bundestagsbüro Tijen Ataoğlu, LL.M., MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: +49 30 / 227-70928
E-Mail: tijen.ataoglu@bundestag.de
V.i.S.d.P.: Tijen Ataoğlu, LL.M., MdB

Web-Ansicht | Webview | Web görünümü

Abmeldung | Unsubscribe | Abonelikten çıkma bağlantısı